

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Weg frei für das Kopp-Strafverfahren

Bern (AP) Der Weg für ein Strafverfahren gegen alt Bundesrätin Elisabeth Kopp ist frei. Erwartungsgemäss hat nach dem Nationalrat am Dienstagabend auch der Ständerat diskussions- und oppositionslos die Immunität der ehemaligen EJPD-Chefin aufgehoben. Damit muss sich zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesstaates ein früheres Mitglied der Schweizer Landesregierung einem Eidgenössischen Untersuchungsrichter stellen und – falls es zur Anklage kommt – vor dem Bundesstrafgericht verantworten.

Nach der Immunitätsaufhebung stellt die Vereinigte Bundesversammlung noch in dieser Session die zweite Weiche im Hinblick auf ein allfälliges Strafverfahren. Am 15. März wird der ausserordentliche Bundesanwalt gewählt, der als oberster Ankläger im Fall Kopp vor dem Bundesgericht auftritt.

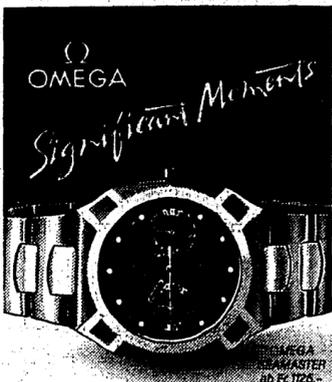
Die Immunitätsaufhebung beansprucht im Ständerat die »Rekordzeit« von lediglich einer Minute, nachdem der Nationalrat in der ersten Sessionswoche knapp drei Stunden debattiert hatte. Der Präsident der Petitions- und Gewährleistungskommission (PGK), Carlo Schmid (CVP/AI), verwies auf den schriftlichen Bericht und den einhelligen Antrag seiner Kommission. Danach soll gemäss dem Vorschlag Hungerbühlers ein Strafverfahren gegen Frau Kopp ermöglicht werden, um den Verdacht auf Amtsheimisverletzung und Begünstigung zu klären.

Bonn beschliesst Visaverschärfungen

Bonn (spk/dpa) Jugoslawen benötigen künftig für die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland ein Visum. Das hat die west-deutsche Regierung am Mittwoch beschlossen. Das Kabinett legte ausserdem eine Visumpflicht für die Einwohner von 14 afrikanischen, asiatischen und südamerikanischen Staaten fest.

Türken sollen für Zwischenlandungen in der Bundesrepublik ein Transitvisum benötigen. Bevor die Änderungen in Kraft treten, muss der Bundesrat zustimmen.

Ziel der Massnahmen ist es, die Zahl der Asylbewerber einzuschränken. 1988 stellten etwa 100 000 Menschen einen Asylantrag. Die Anerkennungsquote liegt unter 10 Prozent. Wie der deutsche Innenminister Friedrich Zimmermann erklärte, gehört die Einführung der Visumpflicht für die 14 Länder zu der in der EG vereinbarten Harmonisierung der Visabestimmungen.



Wir danken!

Allen Wählerinnen und Wählern, die uns Vertrauen schenken und die Fortschrittliche Bürgerpartei durch ihre Stimme unterstützt haben, danken wir herzlich.

In den vergangenen Wochen haben wir an den Parteitage, Ortsgruppenversammlungen und Gesprächen mit vielen Mütbergerinnen und Mütbergern Sympathie und Anerkennung erfahren dürfen und wurden dadurch in unserer Arbeit bestärkt.

Auch wenn wir unser Wahlziel nicht ganz erreicht haben, können wir doch mit Genugtuung feststellen, dass wir eine gute und breit abgestützte Basis für die zukünftige Arbeit haben. Ganz besonders danken wir im Namen aller Kandidatinnen und Kandidaten den Mandatären und Funktionären unserer Partei. Ihr ausserordentlicher Einsatz hat wesentlich zum guten Resultat beigetragen.

Der Redaktion des Liechtensteiner Volksblatt und den Mitarbeitern der Druckerei sind wir für die gute Zusammenarbeit zu Dank verpflichtet.

Bestärkt und zuversichtlich werden wir uns zum Wohle unseres Landes und aller Bewohnerinnen und Bewohner auch in Zukunft einsetzen.



FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann und Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille danken.

Josef Biedermann

Die FBP hat ihre Stabilität unter Beweis gestellt

Die offiziellen Wahlergebnisse liegen nun vor – Deutliche Verluste der VU werden bestätigt

(G.M.) – Nun liegen auch die offiziellen Wahlergebnisse vor, die gegenüber den inoffiziellen Ergebnissen – wie sie bereits veröffentlicht wurden – nur geringfügige Änderungen, aber keine Verschiebungen im Bereiche der Mandate brachten. Vergleiche mit dem Wahlergebnis von 1986 sind aufgrund der Erhöhung der Mandatszahl in absoluten Zahlen nur erschwert möglich, doch zeigt die prozentuale Verteilung der Gesamtstimmen, dass die VU massive Verluste gegenüber der letzten Landtagswahl hinnehmen musste.

Nach den offiziellen Zahlen erreichte die FBP gesamthaft in beiden Wahlkreisen 67 382 Stimmen und wird damit im 25köpfigen Landtag mit 12 Abgeordneten vertreten sein. Die VU konnte 75 417 Stimmen auf sich vereinigen, was ihr die Mehrheit von 13 Sitzen im Parlament brachte. Die Freie Liste mit 12 090 Stimmen und die Überparteiliche Liste mit 5 061 Stimmen vermochten die Sperrklausel von 8 Prozent der im ganzen Land gültig abgegebenen Stimmen nicht zu überwinden, so dass auch im neugewählten Landtag nur die beiden etablierten Parteien FBP und VU vertreten sein werden.

VU verlor absolute Mehrheit
Mit ihrem Stimmenergebnis erreichte die FBP einen Anteil von 42,13 Prozent, womit sie im Vergleich mit 1986, als sie 42,75 Prozent auf sich vereinigen konnte, trotz Auftreten einer weiteren parteipoli-

tischen Gruppierung ungefähr zu halten vermochte. Im Gegensatz zu dieser Stabilisierung der FBP musste die VU erhebliche Stimmenverluste hinnehmen, so dass sie die 1986 noch erreichte absolute Stimmenmehrheit verlor. Gesamthaft ging der Anteil der VU auf 47,15 Prozent (50,19 Prozent) zurück, wobei einzelne Spitzenmandatäre, die sich im Fall «Staatsgerichtshof» besonders hervorgetan hatten, massive Stimmenverluste hinnehmen mussten. Die Freie Liste konnte ihre Position ganz leicht auf 7,56 Prozent (7,06 Prozent) ausbauen, die Überparteiliche Liste erreichte bei ihrem ersten landesweiten Auftreten einen Anteil von 3,16 Prozent – und wird damit ebenfalls in den Kreis der von der staatlichen Parteifinanzierung profitierenden Gruppierungen eintreten.

Nur eine Frau im Landtag

Auch das offizielle Wahlergebnis bestätigte die Tatsache, dass im nunmehr vergrösserten Landtag wiederum nur eine einzige Frau vertreten sein wird. Die FBP-Abgeordnete Emma Eigenmann erreichte im Wahlkreis Unterland das beste Wahlergebnis aller Kandidatinnen und Kandidaten, nachdem sie sich in den letzten drei Jahren im Parlament bewährt hatte. Entgegen den Äusserungen der VU im Wahlkampf, dass mehr Kandidatinnen auch mehr Chancen für einen Einzug weiterer Frauen in den Landtag hät-

ten, blieb es der FBP vorbehalten, in der kommenden Legislaturperiode die einzige Frau in ihrer Fraktion zu stellen. Die Wählerinnen und Wähler beurteilen die Situation offensichtlich anders als die VU-Propaganda, die Gleichberechtigung mit zahlenmässiger Überlegenheit der Kandidatinnen gleichstellte.

Integration aller Kräfte

Nach dem Wahlergebnis steht fest, dass die beiden neuen parteipolitischen Gruppierungen, die Freie Liste und die Überparteiliche Liste, den Sprung über die 8-Prozent-Hürde wider Erwarten nicht geschafft haben. Beide Gruppierungen zusammen repräsentieren jedoch über zehn Prozent der liechtensteinischen Wählerschaft, ohne im Parlament – der Volksvertretung – vertreten zu sein. Den beiden etablierten Parteien kommt nun die Aufgabe zu, sich vermehrt auch um die Ansichten dieser Wählerinnen und Wähler zu kümmern, damit diese Kräfte nicht ausserhalb der politischen Gemeinschaft stehen. Die Politik der Ausgrenzung, wie sie die VU mit ihrem Motto «Mit uns für Liechtenstein» praktizierte, führt auf die Dauer nicht weiter. Wenn unser Land in Zukunft die Eigenständigkeit bewahren, sich wirtschaftlich und sozial weiterentwickeln will, dann braucht es die Kraft aller. Für die Zukunft wird entscheidend sein, wie diese Zusammenarbeit zustandekommt.

KOMMENTAR

Die VU mag es drehen und wenden, wie sie will: Auch die offiziellen Resultate der Landtagswahlen – die erst jetzt vorliegen – weisen klar darauf hin, dass die VU ihre Position als Partei mit absoluter Mehrheit eingebüsst hat. Die massiven Verluste nach einem aufwendigen, nicht immer fairen Wahlkampf lassen sich nicht wegdiskutieren, die VU ist nicht mehr – wie im Wahlkampf voller Optimismus und nicht ohne Seitenhieb gegen die FBP verkündet – die einzige Partei in diesem Land, die aus alleiniger Kraft regieren kann. Die Wahlen 1989 haben den Zwang zur Koalition oder zumindest zur Zusammenarbeit zwischen zwei oder mehreren Gruppierungen

Zwang zur Koalition

gen offensichtlich werden lassen. So wie das Auftreten von vier Parteien und parteipolitischen Gruppierungen eine historische Neuigkeit darstellte, so wird der Verlust der absoluten Mehrheit für nunmehr beide etablierten Parteien zur geschichtlichen Zäsur. Da damit zu rechnen sein wird, dass inskünftig die kleineren Parteien noch mehr Stimmen auf sich zu vereinigen vermögen, dürfte das Zeitalter der absoluten Mehrheiten für die eine oder andere Partei unter einigermassen normalen Umständen abgeschlossen sein.

Entscheidend wird in Zukunft sein, wie sich die neuen parteipolitischen Gruppierungen verhalten, wenn sie den Sprung über die Sperrklausel schaffen werden. Diesmal haben sie sich noch klar gegen jede Zusammenarbeit im Sinne einer Koalition ausgesprochen. Ob sie solche Aussagen weiterhin machen werden oder – mit Blick auf ihre «Salonfähigkeit» als Parlamentspartei – noch machen können, bleibt abzuwarten. Sicher erscheint jedoch, dass die parteipolitische Landschaft in unserem Land langsam ein neues Gesicht erhalten wird.

Nun gilt es, sich auf diese Veränderungen einzustellen. Und auch darauf, dass sich vorerst rund zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler nicht direkt repräsentiert fühlen im Landtag. Eine nicht leichte Aufgabe für die beiden Parteien, die den Sprung über die Sperrklausel mit Leichtigkeit schafften. (G.M.)

U-16-Länderspiel:

Italien schlug LFV-Auswahl 6:0

(m) – Liechtensteins U-16-Auswahl verlor gestern nachmittag das Rückspiel im Rahmen der EM-Auswahl gegen Italien mit 6:0 (1:0) Toren. Vor rund 500 Zuschauern im Stadio Grandate, südlich von Como, hielten die Liechtensteiner den italienischen Ansturm 39 Minuten lang in Schach, ehe kurz vor der Pause das 1:0 fiel. In dieser ersten Halbzeit spielte unsere Auswahl defensiv sehr gut und die Italiener wurden nervös. Nach dem Seitenwechsel vermochte unser Team dem italienischen Druck nicht mehr standzuhalten und musste noch 5 weitere Treffer einstecken, ohne selbst eine Torchance herauszuspielen. Drei Tore erzielte Campione. Ausführlicher Bericht folgt morgen.

Parteistimmen	Fortschrittliche Bürgerpartei (FBP)	Vaterländische Union (VU)	Freie Liste (FL)	Überparteiliche Liste (ÜLL)
Oberland	48 439	58 286	9 860	4 555
Unterland	18 943	17 131	2 230	506
Total	67 382	75 417	12 090	5 061

Mehr Nutzen
weniger Computer

Kompetente PC-Beratung
MICOMP Aktiengesellschaft
BBB-Center, Neusand, FL-9495 Trifresen
Telefon 075/2 79 97, Telefax 075/2 60 60
Off. IBM Personal-Computer-Vertretung